

Samstag, 06. Februar 2021, Werra Rundschau / Lokales

Vorstand musste draußen bleiben

Mitglied des Gemeindevorstands wirft „Informationsunterdrückung“ vor

VON STEFANIE SALZMANN



Durfte auch nicht zuhören: Bernd Appel, Mitglied des Meinharder Gemeindevorstandes, wurde zur Ausschusssitzung nicht zugelassen. ArchivFoto: SONJA Berg

Grebendorf – Der Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am vergangenen Donnerstag schlägt Wellen in den Gremien der Gemeinde Meinhard. Denn der Vorsitzende Bernhard Mensing (CDU) hatte nicht nur die Öffentlichkeit wie Bürger und Presse von der Sitzung ausgeschlossen, sondern auch Mitgliedern des Gemeindevorstandes eine Teilnahme über eine Videozuschaltung beziehungsweise Konferenz-

schaltung verweigert. Mit dem Hinweis, gerade die älteren Mitglieder des Vorstandes vor einer möglichen Coronainfektion schützen zu wollen, hatte Mensing deren Teilnahme verweigert. Das habe er in Absprache mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretersitzung Guido Hasecke (Hospitant der CDU-Fraktion) und den anderen sechs Ausschussmitgliedern getan. Eine Teilnahme per Video sei laut Hessischer Gemeindeordnung (HGO) unzulässig.

Daraufhin hatte Bernd Appel vom Gemeindevorstand am Donnerstag an Hasecke und Mensing geschrieben: „Was da abläuft, ist verfassungswidrig.“ Weder die Fraktionsvorsitzenden noch der Gemeindevorstand seien Öffentlichkeit. „Wenn nicht für diese Mitglieder eine Konferenzschaltung zugelassen wird, werde ich alles in Bewegung setzen, damit die Sitzung und die Beschlüsse, die gefasst werden, als nichtig festgestellt werden.“

„Es wäre so einfach gewesen, die Risikopersonen (alle über 65) über Konferenzschaltung zu der Hauptausschusssitzung ohne Rederecht zuzuschalten. Aber nein“, erbst sich Appel. Das sehe er als „versuchte Körperverletzung“ oder gar „Informationsunterdrückung“.

Auf eine Anfrage unserer Zeitung erklärte Guido Hasecke: „Wenn wir Videoaufnahmen machen, obwohl es laut HGO nicht erlaubt ist, kann das dazu führen, dass alle Beschlüsse unwirksam sind.“

In einer Stellungnahme des Geschäftsführers des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB), Johannes Heger, heißt es: „Die HGO kennt keine Videoübertragung, weder in der Gemeindevertretung noch in Ausschüssen.“ Eine Initiative des HSGB, dieses seitens des Gesetzgebers zu ändern, sei bisher gescheitert, so Heger.

Hasecke kündigte jetzt eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung in den nächsten Wochen an. Auch für die Ausschusssitzung vom Donnerstag sei ein Wortprotokoll angefertigt worden, das in der nächsten Woche auf der Homepage der Gemeinde für alle einsehbar veröffentlicht werden soll.

An der Sitzung nahmen neben den regulären Ausschussmitgliedern der ÜWG-Fraktionschef Rolf Eyrich, Bürgermeister Brill, Guido Hasecke sowie die Protokollantin Stephanie Flügel teil.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Aussetzung der Kitagebühren für Dezember, Januar und Februar, die Befahrung der Abwassersammler sowie der Haushalt 2021.

Der Gebührenausssetzung und der Auftragsvergabe für die Befahrung der Sammler wurde zugestimmt, der Haushaltsentwurf für 2021 soll erst in das

neu gewählte Meinharder Kommunalparlament nach den Wahlen im März dieses Jahres eingebracht werden.